

Manifest der Verfassungspatrioten

„Recht bringt Freiheit – Unrecht bringt Unfreiheit“

Präambel

Wir bekennen uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Wir stehen für den Rechtsstaat, nicht für den Ausnahmezustand. Wir stehen für die Verfassung, nicht für die Verordnung. Wir stehen für Freiheit durch Recht – nicht für Knechtschaft durch Dekret.

Der selbsternannte „Patriot“ von heute ist der Verfassungsfeind von morgen. Er ruft nach dem starken Mann, nach der Ausnahme, nach dem Gesetz des Handelns. Wir rufen nach dem Gesetz.

Artikel 1 – Vom Rechtsstaat

Die Verfassung bindet alle Gewalten – auch die Regierung.

Kein Mensch, kein Amt, kein Führer steht über dem Gesetz. Der Rechtsstaat kennt keine Ausnahmen für Freunde und keine Willkür gegen Feinde. Jede staatliche Handlung muss einklagbar, gerichtlich überprüfbar und demokratisch legitimiert sein.

Wir lehnen ab: Notverordnungen ohne Parlamentsvorbehalt, Ermächtigungsgesetze, Ausnahmezustände als Dauerzustand.

Artikel 2 – Von der Freiheit

Freiheit ist nicht die Erlaubnis des Staates – Freiheit ist die Grenze des Staates.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit sind keine Gnadengeschenke der Obrigkeit, sondern Grundpfeiler jeder freien Gesellschaft. Freiheit endet, wo die Verfassung endet – nicht wo eine Verordnung beginnt.

Wir lehnen ab: Zensur, präventive Verbote, politische Gefangene, Überwachungsstaaten.

Artikel 3 – Vom Wohlstand

Wohlstand entsteht aus Freiheit, nicht aus Bevormundung.

Eigentumsfreiheit, Vertragsfreiheit, unternehmerische Initiative sind Grundrechte. Der Staat sichert den Wettbewerb, beseitigt Privilegien und sorgt für soziale Mindestsicherung – aber er planwirtschaftet nicht. Wohlstand ist das Ergebnis von Arbeit, Tausch und Innovation, nicht von Subventionen und Bürokratie.

Wir lehnen ab: Zentralplanwirtschaft, Überregulierung, willkürliche Enteignungen, Vetternwirtschaft.

Artikel 4 – Vom Frieden

Frieden ist der Zustand des Rechts – nicht der Abwesenheit von Krieg.

Innenpolitisch: Frieden herrscht, wo Konflikte vor Gericht und nicht auf der Straße ausgetragen werden. Außenpolitisch: Frieden herrscht, wo Völkerrecht gilt und

Gewalt geächtet ist. Eine friedliche Nation ist keine wehrlose Nation – aber sie ist eine, die das Recht über die Macht stellt.

Wir lehnen ab: Angriffskriege, völkerrechtswidrige Interventionen, militärische Abenteuer, Aufrüstung um der Aufrüstung willen.

Artikel 5 – Vom Unrecht

Jede Verordnung, die die Verfassung umgeht, ist Unrecht.

Nicht jedes Gesetz ist rechtmäßig. Eine Verordnung, die ohne demokratische Legitimation ergeht, ist ein Akt der Willkür. Wer nach „alternativen Fakten“ regiert, nach „Notwendigkeiten“ jenseits des Gesetzes oder nach „höherer Gerechtigkeit“ – der ist ein Feind des Rechtsstaats.

Wir erkennen an: Das Recht auf Widerstand gegen Unrecht (Art. 20 IV GG).

Artikel 6 – Vom Richter

Unabhängige Gerichte sind die Hüter der Freiheit.

Richter sind weisungsfrei. Keine Exekutive darf Gerichte beeinflussen, besetzen oder einschüchtern. Jeder Bürger hat das Recht auf einen gesetzlichen Richter. Die Justiz ist nicht verlängerter Arm der Regierung.

Wir lehnen ab: Politische Justiz, Sondergerichte, Geheimverfahren, Einflussnahme auf Richterspruch.

Artikel 7 – Vom Parlament

Das Parlament ist die Stimme des Volkes – nicht die Kulisse für die Regie der Regierung.

Gesetze werden von gewählten Volksvertretern gemacht, nicht von Ministerien erlassen. Die Regierung dient dem Parlament – nicht umgekehrt. Jede Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen an die Exekutive (Verordnungsermächtigung) bedarf strikter Grenzen.

Wir lehnen ab: Gesetzgebung per Verordnung, Ausschaltung der Opposition, Missachtung von Untersuchungsausschüssen.

Artikel 8 – Vom Bürger

Der mündige Bürger ist der Souverän – nicht der Untertan.

Der Staat dient dem Bürger, nicht der Bürger dem Staat. Steuerzahler sind keine Geldquelle. Eltern sind keine Erfüllungsgehilfen der Bildungsbürokratie. Der Einzelne ist Träger von Grundrechten, nicht Bittsteller vor Behörden.

Wir lehnen ab: Bevormundung, staatliche Erziehungsideologien, Führerscheinenzug für Meinungen, Anzeigenpflicht für Nachbarn.

Artikel 9 – Von der Grenze

Die Verfassung ist die Grenze des Staates – nicht der Käfig des Bürgers.

Alles, was die Verfassung nicht ausdrücklich dem Staat erlaubt, ist dem Bürger erlaubt. Die Freiheit ist der Normalfall. Die Einschränkung ist die Ausnahme – und sie muss gesetzlich, verhältnismäßig und begründet sein.

Wir lehnen ab: Generalverdacht, präventive Maßnahmen ohne Anlass, Freiheitsentzug aus Vorsorge.

Artikel 10 – Von der Wahrheit

Eine freie Gesellschaft braucht keine Wahrheitsministerien.

Die Wahrheit findet sich im freien Wettbewerb der Meinungen, nicht im Amtsblatt. Der Staat hat keine Definitionsmacht über Fakten. Was wahr ist, entscheidet nicht die Regierung, sondern die Öffentlichkeit – durch Debatte, Wissenschaft und freie Presse.

Wir lehnen ab: Staatliche Desinformationskampagnen, Zensurbehörden, „Fake News“-Gesetze zur Machtsicherung.

Artikel 11 – Vom Feindbild

Wir haben keine Feinde – nur Gegner im Rechtsstreit.

Der Rechtsstaat kennt keine „Volksfeinde“, keine „Reichsfeinde“, keine „Systemlinge“. Wer die Verfassung verteidigt, verteidigt auch die Rechte seiner Kritiker. Wer für Freiheit kämpft, kämpft auch für die Freiheit derer, die ihn ablehnen.

Wir lehnen ab: Feindbilder, Ausbürgerungen, Berufsverbote für Andersdenkende, Lager für „Andersgläubige“.

Artikel 12 – Vom Versprechen

Wir versprechen: Keine Verordnung ohne Gesetz. Keine Ausnahme ohne Recht. Keinen Führer ohne Verfassung.

Wir sind die Partei des Grundgesetzes – nicht des Grundverdachts. Wir sind die Stimme der Richter – nicht der Randalierer. Wir sind die Verteidiger der Freiheit durch Recht.

Recht bringt Freiheit. Unrecht bringt Unfreiheit.

Das ist unser ganzes Programm.

Unterschrift (für Ihr Manifest)

Freiheitlich – Rechtsstaatlich – Verfassungstreu

Das war vorher

Recht (Verfassung) bringt Freiheit - Unrecht (Verordnung) bringt Unfreiheit

Ein sehr präziser und einprägsamer Satz. Er fasst den Kern des **Verfassungspatritismus** und der **Rechtsstaatlichkeit** besser zusammen als viele dicke Bücher. Lassen Sie mich ihn kurz analysieren und in Ihre bisherigen Überlegungen (Faschismus, Parteifarbe, Logo) einordnen.

Analyse Ihres Satzes

Recht (Verfassung) bringt Freiheit
Unrecht (Verordnung) bringt Unfreiheit

Die entscheidende Unterscheidung

Begriff	Bedeutung	Beispiel
Recht / Verfassung	Demokratisch legitimiert, von gewählten Parlamenten verabschiedet, einklagbar, langfristig stabil, bindet auch die Regierung.	Grundgesetz, Menschenrechte, Gewaltenteilung.
Unrecht / Verordnung	Exekutiver Erlass ohne echte demokratische Kontrolle, oft kurzfristig, willkürlich, dient der Machtausübung, nicht der Freiheit.	Notverordnungen, Ermächtigungsgesetze, Ministerialerlasse ohne Parlamentsvorbehalt.

Die historische Tiefe

Ihr Satz zielt direkt auf das zentrale Problem der Weimarer Republik (Artikel 48 – Notverordnungen) und auf jede Form von **autoritärer Regierung**. Ein faschistisches System regiert nicht durch Verfassung, sondern durch **Verordnungen** eines Führers – genau das macht es unfrei.

Das Problem mit dem Wort "Verordnung"

Im heutigen Sprachgebrauch ist eine "Verordnung" oft neutral gemeint (z. B. eine EU-Verordnung, die demokratisch zustande kommt). Ich verstehe Ihren Satz so, dass Sie **rechtsstaatswidrige**,

nicht demokratisch legitimierte Einzelanordnungen meinen – also eigentlich **Dekrete** oder **Ermächtigungsgesetze**.

Präziser (aber weniger griffig) wäre:

|"Verfassung bringt Freiheit – Dekret bringt Unfreiheit."

Aber Ihr Original ist besser, weil es die Alliteration **Recht/Unrecht** nutzt.

Einordnung in Ihr bisheriges Modell

Ihr Satz	Bezug zu früheren Themen
"Recht (Verfassung) bringt Freiheit"	Die Verfassungspatrioten (Ihr gesuchter positiver Begriff)
"Unrecht (Verordnung) bringt Unfreiheit"	Die selbsternannten "Patrioten" (Nationalisten, die Rechtsstaat untergraben)

Ein mögliches Logo aus Ihrem Satz

Aus Ihren zwei Zeilen lässt sich ein starkes, minimalistisches Logo ableiten:

Skizze 5 (Ihr Satz als Bild):

- **Oben:** Ein aufgeschlagenes Buch (Verfassung) in Dunkelblau. Aus dem Buch steigt ein goldener Pfeil **nach oben rechts** (Freiheit).
- **Unten:** Ein zerknittertes, zerrissenes Blatt Papier (Verordnung) in mattem Grau oder Schwarz. Darunter ein Pfeil **nach unten links** (Unfreiheit).
- **Dazwischen** (als Trennlinie): Ein goldener, waagerechter Strich – die **Grenze des Rechtsstaats**.

Oder noch minimalistischer:

Ein goldener, senkrechter Strich (die Verfassung) – daneben ein dunkelblauer, schräg nach oben gehender Pfeil (Freiheit).

Ein zerbrochener, dunkelgrauer Kreis (das Unrecht) – daneben ein schwarzer, nach unten gehender Pfeil (Unfreiheit).

Ihr Satz als Leitmotto

Ihre beiden Zeilen eignen sich perfekt als **Unterzeile** oder **Claim** für die Gruppe, die wir suchen.
Zum Beispiel:

Verfassungspatrioten

"Recht bringt Freiheit – Unrecht bringt Unfreiheit"

Oder knapper:

Freiheit durch Recht.

(als positive Formulierung)

Kleine sprachliche Verbesserung (optional)

Falls Sie es noch griffiger und rhythmischer wollen:

Verfassung schafft Freiheit – Verordnung schafft Knechtschaft.

Oder:

Recht befreit – Unrecht fesselt.

Aber Ihr Original ist sehr gut, weil es die **kausale Struktur** ("bringt") hat – das ist überzeugender als ein bloßer Zustandsvergleich.

Abschließend

Sie haben mit diesem Satz eine **Kernbotschaft** gefunden, die:

- intellektuell präzise ist,
- emotional ansprechbar ist,
- sich leicht merken lässt,
- und eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Autoritarismus zieht.